

Werbung



02.11.2025 • 55

Europäische Zentralbank

Neuer EZB-Fahrplan: Der digitale Euro kommt wohl 2029

Die Europäische Zentralbank kündigte an, dass der digitale Euro 2029 eingeführt werden könnte. Bereits 2027 könnte ein europaweites Pilotprojekt beginnen. Die Kosten dafür würden 1,3 Milliarden Euro betragen.



Hannes Mörtin



Christine Lagarde kündigte an, dass der digitale Euro bereits 2029 eingeführt werden könnte. (IMAGO/Independent Photo Agency Int.)

Die seit 2023 laufende „Vorbereitungsphase“ für die Einführung des digitalen Euro wurde laut der Europäischen Zentralbank (EZB) planmäßig im Oktober dieses Jahres

abgeschlossen. Auf ihrer jüngsten Sitzung im italienischen Florenz gab die EZB nun den Startschuss für die nächste Etappe: Spätestens bis 2029 soll die digitale Gemeinschaftswährung an den Start gehen. Bereits 2027 könnte ein europaweites Pilotprojekt beginnen, bei dem die EZB in enger Kooperation mit Zahlungsdienstleistern, Handelsverbänden und Verbraucherschutzorganisationen an der praktischen Umsetzung und Implementierung arbeitet.

In ihrer offiziellen Mitteilung erklärte die EZB: „Wenn die Gesetzgebung im Laufe des Jahres 2026 in Kraft tritt, könnte 2027 ein Pilotprojekt starten, und das Eurosystem sollte für eine mögliche erste Ausgabe des digitalen Euro im Jahr 2029 bereit sein.“ Das Volumen des Vorhabens ist gigantisch: Für die Entwicklung und Einführung der digitalen Währung plant die Zentralbank bis 2029 Ausgaben in Höhe von rund 1,3 Milliarden Euro. Auch nach diesem Zeitpunkt wird die finanzielle Belastung hoch bleiben: Die Betriebskosten werden mit etwa 320 Millionen Euro jährlich veranschlagt.

Ad



Während die EZB die Einführung einer digitalen Währung als strategisch wichtigen Schritt betrachtet – primär im geopolitischen Kontext, da der europäische Markt für digitale Zahlungen bislang von US-Konzernen wie PayPal, Visa und Mastercard dominiert wird – warnen Kritiker des Projekts in erster Linie davor, dass der digitale Euro als Machtinstrument missbraucht werden könnte. Besonders die Programmierbarkeit der digitalen Währung sorgt für Bedenken, da sie mit einer möglichen Einschränkung finanzieller Freiheiten einhergehen könnte. Hintergrund: Der digitale Euro soll auf einer Blockchain basieren, die mit sogenannten Smart Contracts – also selbstausführenden Verträgen – ausgestattet ist.

Im Gegensatz zu herkömmlichen Zahlungssystemen könnten Transaktionen damit theoretisch an bestimmte Zeiten, Verwendungszwecke oder Bedingungen gekoppelt werden. So wäre etwa eine automatische Mietüberweisung möglich, die sich selbstständig bei Fälligkeit ausführt. Gleichzeitig eröffnet diese Technologie jedoch noch problematischere Szenarien: Gelder könnten mit Ablaufdaten versehen, Gehaltszahlungen eingeschränkt oder Konten eingefroren werden.

Werbung

Diese Aussichten stoßen in weiten Teilen der europäischen Bevölkerung auf Skepsis – insbesondere, weil viele befürchten, dass der digitale Euro eines Tages mit einem sozialen Kreditsystem verknüpft werden könnte, ähnlich wie in China. Ein solches System würde finanzielle Freiheiten an politisch oder gesellschaftlich „konformes“ Verhalten koppeln. Bürger, die sich beispielsweise regierungskritisch äußern, häufig fliegen, Fleisch konsumieren – und so Klimarichtlinien widersprechen – oder politisch nicht auf Linie mit den Verantwortlichen in Berlin und Brüssel liegen – etwa durch Sympathien für die AfD – könnten quasi in ihrer finanziellen Handlungsfreiheit eingeschränkt werden.

LESEN SIE AUCH:



Editorial

So entstehen wohl autoritäre Regime

Max Mannhart • 66



Meldestelle

Experiment zeigt: „Hessen gegen Hetze“ geht einseitig gegen „Deutschland erwache“-Parole vor

Marius Marx • 81

Zwar wird offiziell betont, dass der digitale Euro freiwillig bleiben und Bargeld weiterhin nutzbar sein soll – doch die derzeitige Entwicklung in Europa, insbesondere in Deutschland, lässt Zweifel an dieser Zusicherung aufkommen. Die sukzessive Verdrängung des Bargelds ist längst Realität: Sowohl die Zahl der Bankfilialen als auch der Geldautomaten nimmt stetig ab. Nach Angaben der Deutschen Bundesbank verringerte sich die Zahl der Filialen allein im Jahr 2024 um 1.631 Standorte auf nur noch 17.870 – ein Rückgang um 8,4 Prozent im Vergleich zu 2023. Erst mit Blick auf den langfristigen Trend, wird jedoch das gravierende Ausmaß der Filialschließungen sichtbar: Im Jahr 2013 existierten laut Statista noch mehr als 36.000 Bankfilialen in Deutschland.

Auch das Bargeld im Umlauf selbst wird zunehmend eingeschränkt. Bereits 2016 wurde der 500-Euro-Schein abgeschafft. Mit der geplanten Einführung einer einheitlichen Bargeldobergrenze folgt nun der nächste Einschnitt. Ab Juli 2027 dürfen im Euroraum Barzahlungen nur noch bis zu einer Höhe von 10.000 Euro erfolgen. Höhere Beträge müssen unbar beglichen werden. Zusätzlich tritt eine Pflicht zur Identitätsprüfung bei Barzahlungen ab 3.000 Euro in Kraft. Das bedeutet: Anonyme Zahlungen oberhalb dieser Grenze unterliegen künftig strengen Dokumentations- und Sorgfaltspflichten.

Offiziell werden diese Maßnahmen mit der Bekämpfung von Geldwäsche und Finanzkriminalität begründet. Viele Beobachter sehen darin jedoch ein Instrument, das genutzt wird um Bürger zu kontrollieren und zu überwachen, bzw. um den Weg hin zu einem vollständig digitalen und transparenten Finanzsystem zu ebnen. In der Praxis wird die Nutzung des digitalen Euro künftig über eine zentrale „Wallet“ der EZB erfolgen – eine digitale Geldbörse, die Zahlungen rund um die Uhr in wenigen Sekunden ermöglicht. Konten bei Geschäftsbanken könnten dabei weitgehend überflüssig werden. Folglich sind die Banken mit der Einführung der neuen Digitalwährung eher unzufrieden.

Zahlreiche Geschäftsbanken warnten in diesem Zusammenhang zuletzt davor, dass der digitale Euro einen unzulässigen Eingriff in das traditionelle Geschäftsmodell des Zahlungsverkehrs darstellt. Unbegründet ist diese Sorge nicht – denn mit der Einführung des digitalen Euro würde die EZB de facto ein Zahlungsmonopol schaffen.

Teilen:   

[Zu den Kommentaren \(55\)](#) ↓

 Einmalig  Monatlich

Apollo News unterstützen

Zahlungsoptionen:     Pay  Pay

10 € 15 € **25 €** 50 € 100 € [Anderer Betrag \(€\)](#) ▾

[→ Weiter zum Zahlen](#)

Apollo News monatlich unterstützen

Zahlungsoptionen:  Pay  Pay

Junior **Standard** **Gegen-GEZ** **Sponsor** [Anderer Betrag \(€\)](#) ▾
3 € 9 € 18.36 € 50 €

[Weiter zum Zahlen](#)

 [Bank-Überweisung](#)

Werbung

Ihr Kommentar ...

55 Kommentare

[Relevanz](#) ▾

Die Schweiz 02.11.2025 um 07:02 Uhr



Davor kann man nur warnen...die gute Frau hat es mit dem Gesetz nicht so....🙄😭😭

 59  Antworten